

ak**Sommerpause!****ak 629 erscheint am 15. August**● **politik**Erik Olin Wright über revolutionäre Ziele **_3**Flüchtlingspolitik: Hauptsache einsperren **_4**Syrien: die Befreiung Raqqa **_12**● **bewegung**Debatte: »Neue Klassenpolitik« **_23**Kampf für Bleiberecht in Ebersberg **_25**Israel: Hoffnung für Gewerkschaften **_29**● **gesellschaft**Geschichte der Hurenbewegung **_31**Beißreflexe: »Die queere Bedrohung« **_32**Thaiboxen: Einfach nur die Lücke finden **_35**Highway
to Hirn

 Jetzt das
ak-Sommerabo
abschließen und
zwei Monate gratis
ak lesen.
Infos: Seite 4
**GOODBYE
EMPIRIE****Zwischen den G20-Mächten wächst die Konkurrenz.
Woran das liegt und was das für den Widerstand
gegen den globalen Kapitalismus heißt // Seiten 13–17****GEGEN
G20****Erratisches
Holzen****International** Nordkorea, Russland,
Katar: die brandgefährliche
Außenpolitik Donald Trumps

Von Jörg Kronauer

Alles wird anders: So lautete die Wahlkampfbotschaft von Donald Trump für die Außenpolitik. In Zukunft sollte »America First« – in der Trump'schen Definition – auch für das äußere Auftreten der Vereinigten Staaten gelten. Teure Kriege? Sie sollten nur noch geführt werden, wenn tatsächlich US-Kerninteressen betroffen waren. Das sei, so hieß es, beim Krieg gegen den IS der Fall, sonst eher nicht. Russland? Der Konflikt mit Moskau verschleiße unnötig Kräfte, urteilte Trump; es müsse möglich sein, einen Ausgleich mit Russland zu finden.

Was ist fünf Monate nach dem Amtsantritt des US-Präsidenten daraus geworden? Nichts. Der Konflikt mit Moskau ist nicht schwächer worden; Trump hat sogar eine syrische Luftwaffenbasis bombardieren lassen, die auch von Russland genutzt wird. Weniger Kriege? Der US-Präsident hat binnen weniger als fünf Monaten Nordkorea mit einem militärischen Angriff gedroht und den Mittleren Osten an den Rand eines neuen Waffengangs gebracht. Wenn etwas neu ist an der Trump'schen Außenpolitik, dann ist es ein erratisches Holzen, das zu krassen handwerklichen Fehlern führt, Konkurrenten wie Deutschland ungeahnte Chancen bietet und hochgefährlich ist. Beispielhaft sehen lässt sich das an der Ostasien- und an der Mittelostpolitik.

Beispiel Ostasien: Bereits im Wahlkampf hatte Trump wüst gegen China gewettert, der Volksrepublik angebliche Währungsmanipulation vorgeworfen und erklärt, sie »vergewaltige« mit ihrem Exportüberschuss die USA. Bald nach dem Wahlsieg folgte die nächste Provokation: Am 2. Dezember nahm der gerade gewählte Trump telefonisch Glückwünsche der nominellen Präsidentin von Taiwan, Tsai Ing-wen, entgegen. Damit war er der erste gewählte oder amtierende Präsident seit 1979, der persönlich mit der Spitze der taiwanischen Behörden sprach – und damit gegen die Ein-China-Politik verstieß, die für die Volksrepublik nicht verhandelbar ist. Als Trump am 14. Januar die Ein-China-Politik auch noch öffentlich zur Verhandlungsmasse herabstufte, da konnten antichinesische Hardliner begeistert jubeln.

Nun sollte man freilich meinen: Wer eine Weltmacht wie China im Grundbestand ihrer Staatlichkeit herausfordert, der wird wissen, was er tut, und er wird Optionen für sein weiteres Vorgehen in der Hinterhand haben. Nicht so Trump: Am 10. Februar musste er nach entschlossenem chinesischem Protest eine Kehrtwende verkünden und erklären, er finde die Ein-China-Politik doch nicht gar so schlecht. Am 27. April wies er Tsai Ing-wens Bitte um ein weiteres Telefonat zurück. Sein harter Kurs gegen China war gescheitert.

Weiter auf Seite 11**Zwei Seiten der Gewalt****International** Die Bundesregierung ist mitschuldig an der katastrophalen Situation in Afghanistan

Von Claudia Krieg

Am 30. Mai 2017 werden 20 afghanische Jugendliche aus Schweden abgeschoben, einer von ihnen stirbt kurz darauf bei einem Bombenanschlag. Am 31. Mai 2017 explodiert unweit der deutschen Botschaft in Kabul eine Autobombe, mindestens 90 Menschen sterben. Zum selben Zeitpunkt landet ein Abschiebeflieger aus Wien und Stockholm in der afghanischen Hauptstadt. In den darauffolgenden drei Tagen gibt es allein dort mindestens vier weitere Anschläge, bei denen 40 Menschen ums Leben kommen. Bis zum 7. Juni sterben bei erneuten Attacken und bei Demonstrationen für mehr Sicherheit im Land insgesamt 50 Menschen. Am 15. Juni 2017 tötet ein IS-Selbstmordanschlag in einer schiitischen Moschee in Kabul mindestens vier Menschen.

Die unvollständige Chronik tödlicher Anschläge in Kabul zeigt einen winzigen Ausschnitt der fortlaufend eskalierenden Gewalt in Afghanistan. Sie verweist aber auch auf die andere Seite dieser Gewalt – die Abschiebepolitik europäischer Regierungen in ein Land, dessen Zerstörung durch innere und äußere Interessen immer weiter voranschreitet. In dieser Situation setzt die deutsche Bundesregierung stur das Abkommen um, dass sie der afghanischen Regierung im vergangenen Oktober aufgezwungen hat – maßgeblich vorangetrieben von Innenminister Thomas de Maizière. Erklärtes Ziel dieser Vereinbarung ist es, ein Zeichen der Abschreckung zu setzen und die mehr als 120.000 Menschen afghanischer Herkunft ohne Bleiberecht in der Bundesrepublik unter Ausreisepressur zu setzen.

Mit vier Sammelabschiebungen sind seit Dezember 2016 bereits 106 Menschen abgeschoben worden. Die Bundesregierung beruft sich darauf, dass es sich dabei um »mindestens ein Drittel« Straftäter handele und um alleinstehende Männer. Die LINKEN-Politikerin Ulla Jelpke erklärt nach einer Anfrage, dass man ihr »nicht einmal Auskunft geben (konnte), ob es hier um aufenthaltsrechtliche Straftaten, Fahren ohne Fahrschein oder andere Delikte geht.« Die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung fordert schon

lange einen Abschiebestopp, auch für angebliche Straftäter und Gefährder. Pro Asyl kritisiert, bereits die Bezeichnungen erweckten den Eindruck, dass es sich um schwerwiegende Delikte handele. Die Kategorien haben außerdem den folgenschweren Nebeneffekt eines Generalverdachts in Afghanistan selbst. Egal, für was Menschen in Deutschland verurteilt werden, in Afghanistan sind sie damit als Kriminelle stigmatisiert. Viele der »freiwilligen Rückkehrer«, gab der Minister für Migration bereits im Zuge der Verhandlungen zum Rücknahmeabkommen zu Bedenken, fielen aus jeglichen Unterstützungsstrukturen heraus.

Am 2. Juni 2017 fordert die afghanische Regierung erneut von der Bundesregierung einen Stopp aller Abschiebungen von Afghan_innen. In einem Interview mit der Deutschen Welle sagte die stellvertretende Flüchtlingsministerin noch einmal klipp und klar, dass es in Afghanistan keine sicheren Regionen gibt: »Afghanistan befindet sich im Krieg mit 20 terroristischen Gruppierungen, und die Sicherheitslage hat sich sehr verschlechtert.« Die Warnung bleibt folgenlos – auch für die bundesdeutsche Asylpraxis. 42.000 Ablehnungen hat das Bundesamt für Migration (BAMF) in den ersten fünf Monaten dieses Jahres an afghanische Asylbewerber_innen verteilt. Die Menschen, so Pro Asyl, werden in mangelbehafteten Schnellverfahren durch die Anhörungen geschleust, die Gerichte haben 97.000 Klagen gegen das BAMF anhängig, die Betroffenen sind größter Unsicherheit ausgesetzt. Der Anfang Juni ausgereifte Abschiebestopp gilt bis Ende Juli. Was sich bis dahin ganz sicher nicht verändern wird, ist die Lage in Afghanistan. Solange es in der Abschiebepolitik der deutschen, aber auch der österreichischen oder der schwedischen Regierungen keinen Richtungswechsel gibt, sind tatkräftige Aktionen der Solidarität gefragt. Die verhinderte Abschiebung des Berufsschülers Asef in Nürnberg gibt dafür ein gutes Beispiel, ebenso die Kundgebungen, die in den vergangenen Monaten die Sammelabschiebungen von deutschen Flughäfen begleitet haben. Der Einsatz von Asefs Mitschüler_innen hat Anfang Juni den politischen Druck, die Abschiebungen nach Afghanistan auszusetzen, erhöht. Von Nürnberg lernen heißt Abschiebungen verhindern lernen.